

Ist der Haushalt ruiniert, lebt man völlig ungeniert?

Stadtratsmehrheit stürzt Bamberg in dramatische Verschuldung – Stadteigene Unternehmen müssen bluten

Steigende Ausgaben bei Stadtbücherei, Theater und Symphonikern, wegbrechende Einnahmen v.a. bei der Gewerbesteuer: Die Stadt ist pleite! Die laufenden Einnahmen decken nicht die laufenden Ausgaben, die Rücklagen sind beinahe aufgezehrt und eigenes Geld für neue Investitionen ist schon gleich gar keins da! Doch die Stadtratsmehrheit ist gegen solche Einsichten resistent.

Anstatt Einsparpotenziale im laufenden Haushalt zu erschließen (die GAL hat eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht) und sich bei Neubauprojekten zurückzuhalten, setzen die Rätinnen und Räte von CSU, SPD und ÜBG durch zusätzliche Anträge noch einige Millionen auf den steigenden Schuldenberg drauf. Unter dem Motto „Nach uns die Sintflut“ beschlossen sie während der Haushaltsberatungen im Dezember munter neue Projekte und erhöhten damit dramatisch die Schuldenlast für die kommenden Generationen.

Hauptursache für das finanzpolitische Kamikazeverhalten der schwarz-rot-grünlichen Stadtratsmehrheit ist vor allem der Ausbau der Kronacher Straße (Kosten für die Stadt: 2,2 Millionen in 2003/2004). Das Stadtplanungsamt schätzt den Entlastungseffekt für die Memmendorfer Straße zwar ohnehin als äußerst gering ein. Doch selbst wenn man verkehrspolitische

Erwägungen außer Acht lässt, müsste bei einem Blick auf die städtischen Finanzen klar sein: Dafür ist kein Geld da!

Aber: CSU und SPD haben im Wahlkampf vollmundige Versprechungen gemacht. Und um ihr Image zu retten, muss nun gezahlt werden: von den Bürgerinnen und Bürgern und in Zukunft von unseren Kindern. Schaut man sich die Finanzgebaren der Stadtratsmehrheit genauer an, kommt einem das kalte Grausen:

Kaltes Grausen: Stadtbau GmbH

Die Stadtbau GmbH, die Darlehen bei der Stadt laufen hat, wird zu Sondertilgungen in Höhe von jährlich 400.000 Euro genötigt. Und das obwohl das stadteigene Wohnungsbaunternehmen flüssiges Geld bitter nötig hätte, vor allem um die großen und wichtigen Sanierungsmaßnahmen in Bam-

berg-Mitte finanzieren zu können. Folge: Die Stadtbau GmbH muss anderweitig neue Kredite aufnehmen, und büßt ein Stück ihrer betrieblichen Gesundheit ein.

Kaltes Grausen: Stadtwerke

Noch bei seiner Haushaltsrede versicherte der CSU-Fraktions Sprecher Peter Neller, dass nur im Jahr 2003 und nur ausnahmsweise die Gewinne der Stadtwerke in den städtischen Haushalt abgezogen werden. Doch bei genauerer Untersuchung des Finanzplans für die nächsten Jahre stellt sich heraus (und wird von Kämmerer Faust auch so bestätigt), dass das keineswegs ausreicht.

Mindestens noch 2004 und 2005 werden die Stadtwerke jährlich um 2,2 Millionen Euro bluten, damit die Mehrheitsfraktionen genug kriegen. Dass den Stadtwerken damit kaum eigenes Geld mehr für betriebsinterne Investitionen bleibt, ist dann eben Pech.

Kaltes Grausen: EBB

Aus dem Entsorgungs- und Baubetrieb fließen jährlich größere Summen in den Stadthaushalt, als Tilgung von Schulden,

die der EBB als Eigenbetrieb bei seiner Gründung von der Stadt übernommen hat. Bisher war es Usus, dass die Stadt diese Einnahmen sofort zur Tilgung eigener Schulden verwendet. Jetzt nicht mehr. Von 2003 bis 2005 werden die Gelder einfach ausgegeben – allein das erhält der Stadt einen stattlichen Schuldenhaufen von 7,8 Millionen Euro für die nächste Zukunft.

Kaltes Grausen: Vermögensbestand

Das als äußerster Notgroschen gedachte städtische Wertpapiervermögen in der Höhe von 13,6 Millionen Euro schrumpft in den kommenden drei Jahren um 5,2 Millionen Euro. Und die städtischen Rücklagen von 6,3 Millionen Euro werden um die Hälfte geplündert, so dass auch

hier die Reserven für Notfälle schrumpfen.

Kaltes Grausen: Neue Schulden

Mit all dem nicht genug: Zusätzlich nimmt die Stadt auch noch neue Kredite auf. Im Jahr 2003 wird der Bamberger Schuldenberg um zusätzliche 10 Millionen Euro ansteigen.



Demonstration gegen den möglichen Irak-Krieg im Januar 2003 in Bamberg Foto: Erich Weiß

RATHAUSMA 99Z IN

Kultur-Peanuts

„Der empfohlene Beschlussvorschlag verursacht Kosten in Höhe bis zu 16,50 €.“ Das war in einer Sitzungsunterlage des Senates für Bildung, Kultur und Sport im Juli zu lesen. Nein, kein Tippfehler: tatsächlich „16,50 €“!

Studierende der Bamberger Universität hatten eine interkulturelle Amateur-Theatergruppe gegründet und baten nun die Stadt, das Kostendefizit für eine einmalige Aufführung zu übernehmen – und das war nun mal so bescheiden.

Dennoch: bürokratische Mühlen mahlen gnadenlos. Die Theatergruppe musste sicherlich ebenso einen schriftlichen Antrag mit Kostennachweis stellen, wie die Mitglieder des Kultursenats mit einem eigenen Tagesordnungspunkt plus einseitigem Sitzungsvortrag beglückt wurden und hochformell bei der Abstimmung ihr Hände heben durften.

Es wurde bei dieser Gelegenheit allerdings weitblickenderweise vereinbart, dass das Kulturreferat Zuschussanträge in diesen Peanuts-Ausmaßen künftig ohne Behandlung im Senat genehmigen kann.

Achja, die Bamberger Kleinkunstszene bekam die 16,50 € übrigens bewilligt

– Ehrensache...

Frisierte Agenda-Bilanz

Im Juni 2002 kam Bamberg zusammen mit sieben weiteren Kommunen auf den dritten Platz beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“, den die Deutsche Umwelthilfe unter der Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministers ausgeschrieben hatte. Ein durchaus beachtliches Ergebnis, bei immerhin 52 Konkurrenz-Städten in der Kategorie zwischen 10.000 und 80.000 Einwohnenden. Maßgeblich war dabei auch die Bewertung des Bamberger Agenda-Prozesses, weil dessen „entwickelte Projekte nach Möglichkeit sofort umgesetzt werden“ – so jedenfalls wörtlich die Jury.

Besonders kritisch scheint die Jury das aber nicht hinterfragt zu haben, denn die von der Stadt Bamberg vorgelegte Agenda-Bilanz wirkt einigermaßen frisiert. Von 81 im Stadtrat gefassten Agenda-Beschlüssen sind laut Umweltreferat 58 „umgesetzt“, 23 stehen noch aus. Doch was heißt „umgesetzt“?

Da wird in einer Sitzung des Umweltsenats zum Beispiel angeregt, eine Zukunftswerkstatt in Gaustadt durchzuführen. Der Senat nimmt von dieser Anregung Kenntnis = erster umgesetzter Beschluss. Er beauftragt die Verwaltung, in

Gaustadt eine Zukunftswerkstatt abzuhalten, was diese auch tut = zweiter umgesetzter Beschluss. Darüber erstattet die Verwaltung wiederum Bericht = dritter umgesetzter Beschluss. Dass bisher noch kein einziger während der Zukunftswerkstatt erarbeiteter Vorschlag realisiert ist – für die Bilanz unwichtig.

Ein weiteres Agenda-Projekt war die Idee, am P&R-Platz Heinrichsdamm verschließbare Fahrradstellplätze einzurichten, um auch „Park & Bike“ zu ermöglichen. Die Stadtwerke sahen sich wirtschaftlich nicht dazu in der Lage und lehnten ab. Jedoch: die offizielle Beschlusslage im Umweltse-nat lautete: Vom Verwaltungsbericht und der (negativen!) Stellungnahme der Stadtwerke wurde Kenntnis genommen. Bilanz also: Nichts verwirklicht, aber zwei umgesetzte Beschlüsse.

Und sogar der im September 1999 dem Umweltsenat vorgelegte Zwischenbericht zur Lokalen Agenda, der einfach nur einen Überblick auflistet, zählt als ein umgesetzter Beschluss, denn auch er wurde ja bilanzrelevant zu Kenntnis genommen.

Zukunftsfähig scheint da nur die Kompetenz der Verwaltung, ihren BürgerInnen etwas vorzugaukeln...

Raffinierte Finanztaktik

Manchmal ist Demokratie auch ein bisschen schizophoren. Da stellte die Leiterin des Historischen Museums, Regina Hanemann, im Juli 2002 einen Antrag auf mehr Geld, um im darauffolgenden Jahr eine Ausstellung zum Thema „200 Jahre Säkularisation“ finanzieren zu können. Dafür hatte sie schon einige Sponsoren gewonnen und wollte nun von der Stadt noch einen weiteren Zuschuss von 70.000 Euro. Die Mitglieder des Kultursenats lobten zwar die Idee, unterstützten auch den Finanzantrag, machten aber die Museumsdirektorin sogleich darauf aufmerksam, dass dieser Posten angesichts der knappen städtischen Mittel bei den Haushaltsberatungen unter den Tisch fallen könnte.

Das störte Frau Hanemann aber offensichtlich nicht, denn ihren Aussagen zufolge arbeitete man zu diesem Zeitpunkt bereits an der Ausstellung. Im Dezember entschied der Stadtrat dann tatsächlich, dass für das Säkularisationsprojekt keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden.

Aber: die Ausstellung findet trotzdem statt, von September bis November, und augenscheinlich reichen die im Museumsetat vorhandenen Mittel

nun doch dafür aus. Was war das also für ein Unterfangen im Stadtrat? Taktische Finanzplanung einer gewitzten Museumsdirektorin – Motto: „Man kann's ja mal probieren“?

Jedenfalls dürfen sich die Bamberger StadträtInnen wieder mal über die Tragweite ihrer Entscheidungen wundern.

Abstimmung nach dem Zufallsprinzip?

Wenn man einen Preis für politische Kapriolen vergeben wollte, wäre die ÜBG-Stadtratsfraktion dafür die allererste Anwärterin. Beispiel: kommunale Geschwindigkeitsüberwachung.

Jahrelang sprach sich die ÜBG strikt gegen den (zuerst von der GAL gemachten) Vorschlag aus, dass in Bamberg nicht mehr die Polizei, sondern städtische Bedienstete die Kontrolle von Geschwindigkeitsbegrenzungen übernehmen sollten. Plötzlich, im Februar 2001, kam dann von Fraktionschef Dieter Weinsheimer höchstpersönlich ein Antrag genau in dieser Richtung. Doch als das Ganze entscheidungsreif war, nämlich im November 2001, hatte es sich die ÜBG schon wieder ein bisschen anders überlegt und fasste zusammen mit der CSU den Beschluss, dass die Stadtverwaltung erst

mal die Vorbereitungen treffen solle und man sich danach endgültig entscheide.

Damit war wiederum die Stadtverwaltung verständlicherweise unzufrieden. Nach den Kommunalwahlen forderte sie deshalb im November 2002 den Stadtrat auf, sich endlich grundsätzlich für oder gegen die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung zu entscheiden, weil sonst die arbeitsaufwändigen Vorbereitungen für die Katz wären. Und nun stimmte die ÜBG (zwei „altgediente“ und ein neuer Stadtrat) wieder stramm dagegen.

Die 99Z empfiehlt: ein O statt dem Ü – Orientierungslose Bürger-Gemeinschaft.

Sprüche ausm Rathaus:

OB Herbert Lauer: „Ich glaube diesen Investoren kein Wort mehr – ich glaube keinem Menschen was.“

Stadtrat Wolfgang Budde (GAL) bei einer Fraktions-sitzung: „Der Kämmerer frisst ohnehin jeden Morgen eine soziale Einrichtung zum Frühstück.“

Stadtrat Alfred Fenn (SPD): im Finanz- und Wirtschaftssenat, als es um die künftige Aufsicht in der St. Michaels-Kirche ging: „Die Schwestern da oben, die waren doch schon so lüdschäftig – die hätten eh nichts mehr beschützen können.“